

«ST.GALLER KLIMAFONDS»

Medienkonferenz zum Start der Unterschriftensammlung
Donnerstag, 18. November 2021, 8.30 Uhr, Stadthofsaal Rorschach



Votum Ruedi Blumer, SP-Kantonsrat, Präsident VCS und Vorstandsmitglied Mieter*innen-Verband

«DER KLIMAFONDS AUS BEVÖLKERUNGSSICHT»

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vor einer Woche, am 10. Nov. titelte die Linthzeitung, das ist die bürgerliche Tageszeitung im Süden unseres Ringkantons am andern grossen See: **Modern, hoch entwickelt und klimafreundlich**

Untertitel: Das Nein zum CO₂-Gesetz hat Folgen: Die technologisch hochentwickelte Schweiz rutscht im Klimarating weiter ab. Illustriert wird der Text mit einem Bild der demonstrierenden Klimajugend und einem Kartonschild auf dem steht «Schützt das Klima nicht das Geld».

Leider sind wir heute auf dem komplett falschen Weg. Wie bereits erwähnt wurde, ist die Weltklimakonferenz in Glasgow mit ernüchterndem Miniergebnis zu Ende gegangen.

Auch die Schweiz spielt eine bedenkliche Rolle. Zum Beispiel fehlt ihre Unterschrift auf der Vereinbarung von zwei Dutzend Industriestaaten, die ab spätestens 2040 keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren mehr verkaufen wollen. Und auch in anderen Bereichen lassen wir uns zu viel Zeit und agieren zu zögerlich. Für die SP ist klar: *Wir müssen schneller und konsequenter handeln und dazu gibt unsere Initiative Ansporn.* Wir haben die finanziellen Mittel – jetzt müssen wir diese zwingend und dringend zum Schutze des Klimas einsetzen, bevor es zu spät ist und die Klimakatastrophe unsere Lebensgrundlagen weltweit zerstört!

Der Klimafonds aus Sicht des Mieterinnen- und Mieterverband Ostschweiz

Massnahmen und Umsetzungstempo müssen verschärft werden

Die SP St.Gallen will Verantwortung übernehmen und zusammen mit gleichgesinnten Partner*innen in unserem Kanton den Klimaschutz schneller voranbringen. Zu diesen Partnern gehören der Mieter*innen-Verband Ostschweiz (MVO) und der VCS, die ich hier als ehemaliger Präsident des MVO (seit letztem August bin ich nur noch Vorstandsmitglied) vertrete. Der MVO umfasst beide Appenzell, Thurgau, St.Gallen und neu auch Glarus. Als gebürtiger Glarner möchte ich diesen Kanton als Beispiel *nennen*: Ich freue mich sehr, dass der Kanton Glarus seit dem 5. September 2021 das fortschrittlichste Energiegesetz der Schweiz hat. Die Landsgemeinde hat erfreulicherweise Verschärfungsanträgen des Vereins KlimaGlarus zugestimmt. So dürfen im Glarnerland sowohl bei Neubauten wie auch beim Ersatz von Heizungen in bestehenden Bauten nur noch Systeme eingesetzt werden, die ohne CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen auskommen.

Leider ist es im Kantons St.Gallen nicht gelungen, das neue Energiegesetz ebenso griffig auszugestalten. Bürgerliche Parteien und insbesondere der HEV (Hauseigentümerverband) haben ihre klimafeindliche Haltung durchsetzen können, was bedeutet, dass defekte Heizungen weiterhin mit kleinen Einschränkungen durch fossile Systeme ersetzt werden dürfen. Das ist *verantwortungslos*! Jede fossile Heizung, die heute wieder durch einen Öl- oder Gasbrenner ersetzt wird, belastet *unser Klima bei durchschnittlicher Lebensdauer auch in 25 Jahren noch*. Will die

Schweiz ihre energie- und klimapolitischen Ziele erreichen und bis spätestens 2050 flächendeckend fossilfrei heizen, müssen wir jetzt den 1:1-Ersatz stoppen.

Mit der kantonalen Initiative sucht die SP darum nun auch den Weg über die Bevölkerung um im Klimaschutz Fortschritte zu erzielen. Mit den 100 Mio. aus dem Klimafonds kann auf freiwilliger Basis erreicht werden, dass die energetischen Häuser-Sanierungen und der Einbau von fossilfreien Heizsystemen wesentlich schneller erfolgt, als es unser schwaches Energiegesetz vorsieht. Aus Sicht der Mieter*innen, und das sind etwa 60% der Bevölkerung, ist das sehr erwünscht. Die Unterstützung durch den Klimafonds reduziert die Investitionskosten und die Betriebskosten sind nach der Sanierung und/oder dem Einbau des fossilfreien Heizsystems deutlich tiefer, was schliesslich zu sinkenden Mietkosten führt. Die zu Recht steigenden Ölpreise unterstützen diesen Effekt zusätzlich. Eine Win-Win-Situation für Mietende und fürs Klima.

Für gemeinnützige Wohnbauträger und weitere verantwortungsbewusste Investoren ist es heute selbstverständlich, dass bei jedem Neu- und Umbau auf dem Dach und/oder an den Fassaden auch PV-Anlagen installiert werden, um möglichst viel Strom zu erzeugen. Auch hier wird der Klimafonds für zusätzliche Motivation der Bauherren sorgen.

Schon heute lässt sich also sagen: Wohnungen in Liegenschaften, die fossilfrei (Fernwärme, Wärmepumpe, Pellets) beheizt werden, sind zunehmend gesucht. Und wenn (durch PV-Anlagen) auch noch eigener Strom produziert wird und dieser für Ladestationen für E-Bikes oder E-Autos verwendet oder in Batterien zwischengespeichert wird, macht das die Wohnungen noch attraktiver und senkt die Nebenkosten. Darum ist die Klimafonds-Initiative ganz im Sinne der Mieter*innen!

Jetzt setze ich noch den VCS-Hut auf und spreche den MIV als Hauptverursacher des CO2 an.

Der MIV (motorisierte Individualverkehr) verursacht mehr als ein Drittel des CO₂-Ausstosses und die Menge steigt fatalerweise immer noch an.

Mit den Fondsgeldern sollen auch Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs unterstützt werden. Das passt zum Ansatz des VCS, der Mobilitätskonzepte für Unternehmen propagiert. Diese könnten etwa folgende energiesparende Elemente enthalten: Festhalten und Unterstützen der Arbeit im Home-Office oder Co-Working-Space, Verzicht auf Gratisparkplätze für Mitarbeitende und Kader, den Mitarbeitenden Velos, E-Bikes, Halbtags- oder Firmenabos zur Verfügung stellen, Mitmachen bei Bikes to work – Aktionen, Einsatz von Cargo-Bikes in der Citylogistik, ... All diese Massnahmen könnten über den Klimafonds unterstützt werden.

Der Klimafonds der SP ist ein dringend nötiger und wirkungsvoller Katalysator um den Klimaschutz mit Anreizen (statt Verboten) voranzubringen und auf freiwilliger Ebene effizient und rasch umzusetzen, was im Gesetzgebungsprozess leider (bisher) nicht gelungen ist.

Es gilt das gesprochene Wort.